

26. / 7. 1917

— (Eine Abwehr der österreichischen Industrie gegen Vorwürfe des Deutschen Nationalverbandes.) Wir erhalten vom Bund österreichischer Industrieller folgende Zuschrift: „Der Deutsche Nationalverband des Abgeordnetenhauses, der schon wiederholt ungerechtfertigte, auf mangelhafter Sachkenntnis beruhende Vorwürfe gegen die Industrie erhob, hat in seiner Vollversammlung am 16. d. beschlossen, von der Regierung mit allem Nachdruck die restlose Aufhebung der völlig unbegründeten Frachtbegünstigungen für einige mächtige Kartelle und Großunternehmungen zu fordern. Der Herr Eisenbahnminister hat wohl in dankenswerter Weise unmittelbar darauf die Öffentlichkeit dahin aufgeklärt, daß dieser Beschluß auf mangelhafter Informiertheit beruhe und daß Ausnahmsbegünstigungen, deren Abschaffung der Deutsche Nationalverband verlangt, weder bestanden noch bestehen. Ist daher die Haltlosigkeit vorerwähnten Beschlusses vollkommen klargestellt, so sehen sich die Präsidien der drei zentralen industriellen Verbände Oesterreichs doch veranlaßt, ihr tiefes Bedauern darüber auszusprechen, daß eine so zahlreiche und hochansehrliche parlamentarische Gruppe in gänzlich un-

begründeter Weise einzelnen Teilen der österreichischen Industrie den Vorwurf macht, sich auf Kosten der Gesamtheit Sondervorteile zu verschaffen. Die industriellen Verbände glauben, mit Fug und Recht aussprechen zu dürfen, daß die österreichische Industrie gerade in der harten Kriegszeit der Allgemeinheit unschätzbare Dienste geleistet und den Anspruch auf Anerkennung erworben hat, und sie hoffen, daß durch die klare Antwort des Eisenbahnministers eine verallgemeinernde Herabsetzung der Industrie, die leider, wie die Erfahrung lehrt, so leicht in der Aufassung der Bevölkerung Platz greift, um so gründlicher wird hintangehalten werden, als ihr nicht einmal jene Spezialfälle zugrunde liegen, deren Bestand der Deutsche Nationalverband irrtümlicherweise angenommen hat.“